

Die Revolution von 1848/49 in unserer Gemeinde



Zeitgenössische Lithographie der Schlacht bei Waghäusel am 21. Juni 1849.
Foto: DDB

Im 1844 angelegten Busenbacher „Befehlsbuch“ ist unter dem 2. April 1848 ein aufgebrachtes Schreiben des Großherzoglichen Bezirksamts Ettlingen an die Bürgermeisterämter der Umgebung zu finden. Immer wieder komme es vor, dass Soldaten „zur Untreue“ verführt werden und dabei „allerlei Bestechungsmittel“, wie die „darreichung von Getränken“, Anwendung finden. Die Beamten fürchteten, dass hierdurch „die Erleichterung der Durch Führung hochverräterischer Pläne erfüllt werden soll“. Dieser Eintrag aus unserem Waldbronner Archiv ist tatsächlich ein Vorbote für das, was in den kommenden Monaten passieren sollte, denn in Baden und den anderen deutschen Staaten brodelte es.

Durch den Eindruck der französischen Julirevolution des Jahres 1830, hatte der badische Großherzog bereits erste politische Zugeständnisse machen müssen. Etwa in Form freier Wahlen zum Landtag oder einer Reform des Justizwesens. Im Jahre 1848 war es dann wiederum eine französische Revolution, die Februarrevolution, die die Rufe der Bürger nach demokratischen Grundrechten in Baden und im ganzen Deutschen Bund laut werden ließen. Diese bedeutenden Ereignisse deutscher Demokratiegeschichte jähren sich 2023 zum 175. Mal. Bereits in den ersten Märztagen gab der Landtag in Karlsruhe dem öffentlichen Druck nach und verabschiedete neue Regelungen zur Pressefreiheit, zur Volksbewaffnung und zur Einrichtung von Schwurgerichten. Außerdem wurde ein gesamtdeutsches Parlament gefordert. Diese

in allen deutschen Staaten aufkommende Forderung mündete schließlich in der verfassungsgebenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, die im Mai 1848 erstmals zusammentrat. Dabei zeichnete sich allerdings ein Kompromiss zwischen den Fürsten und dem Bürgertum ab. Dies führte im September zu einem Aufstand badischer Freischärler, die die Errichtung einer gesamtdeutschen Republik forderten. Das Unternehmen wurde schnell von Regierungstruppen niedergeschlagen. Bei der Kochmühle kam es dabei zu einem blutigen Zwischenfall. Drei mutmaßliche Freischärler hatten dort Unterschlupf gefunden, wurden aber denunziert. Als die Mühle vom Militär umstellt wurde, nahm sich einer der Dreien das Leben, indem er seinen Kopf unter die Ölpresse legte. Ein anderer wurde verhaftet, nur dem Dritten gelang die Flucht, weil er sich überzeugend als geistig Behinderter ausgab.

Die badischen Republikaner zogen aus diesem Scheitern ihre Lehren. Um für kommende Aktionen den gesellschaftlichen Rückhalt zu sichern, entstanden in ganz Baden demokratische Ortsgruppen. Auch in Reichenbach war eine solche Gruppe unter dem Gemeindepfarrer Karl Kast gegründet worden. Dieser hatte bei Volksversammlungen in Reichenbach und Frauenalb und sogar in seinen Predigten zum Aufstand gegen die Fürsten aufgerufen und demokratische Ideen verbreitet. Kast stand mit dem Ettlinger Philipp Thiebauth in Verbindung, der die republikanische Szene im Raum Ettlingen koordinierte. Auch wurden im badischen Heer Vertrauensleute gewonnen. Diese Entwicklung jedoch war offenbar nicht ganz neu. Der Eintrag aus dem Busenbach „Befehlsbuch“ legt nahe, dass es bereits zu Beginn des Jahres 1848 erste Annäherungen zwischen dem badischen Heer und dem Volk gegeben hatte, die von den fürstlichen Beamten misstrauisch beobachtet wurden. Die Folgen dieses Bundes zwischen Bürgern und Militär sollten jedenfalls zu einer bis dato wohl einmaligen historischen Entwicklung führen.

Die Stunde des erneuten badischen Aufstands schlug im Mai 1849. Einige Wochen zuvor hatte die Frankfurter Nationalversammlung König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen den Titel eines deutschen Kaisers angeboten. Derselbe König, der nur ein Jahr zuvor, den von ihm mitverschuldeten Toten der Berliner Barrikadenkämpfe, mit einer Verbeugung seinen scheinbaren Respekt gezollt hatte, lehnte nun die Kaiserkrone als einen „Reif aus Dreck und Letten“ ab. Er fürchtete Macht und Prestige zu verlieren. Die enttäuschten Hoffnungen der deutschen Demokratiebewegung entluden sich vor allem in Baden. In Offenburg bildete sich eine Landesvolksversammlung, die am 14. Mai in Karlsruhe eine provisorische Regierung ausrief. Thiebauth wurde Minister und Zivilkommissar für den Bezirk Ettlingen, zu dem auch das heutige Waldbronn gehörte. In der Nacht zuvor war der badische Großherzog Leopold geflohen. Zur gleichen Zeit geschah, was sich die Verfasser des Eintrags im Busenbacher „Befehlsbuch“ nicht hätten schlimmer ausmalen können: Das badische Heer ging geschlossen zur provisorischen Regierung über.

Unterdessen hatte der geflohene Großherzog Preußen darum gebeten in Baden einzumarschieren, um ihn mit Gewalt zurück an die Macht zu bringen. Dieser militärischen Übermacht hatten die badischen Truppen nur wenig entgegenzusetzen. Innerhalb von einigen Tagen wurde fast ganz Baden besetzt. Als die preußische Armee sich Ende Juni 1849 Reichenbach näherte, versuchte eine Gruppe von Einwohnern Pfarrer Kast zu ergreifen. Diesem gelang jedoch die Flucht, vermutlich in die Schweiz. Er kehrte nie mehr nach Reichenbach zurück. In Etzenrot hingegen sollen der Bürgermeister Franz Josef Maurer und der Ratsschreiber Josef Weckner zum Auszug gegen die anrückenden Preußen aufgerufen haben. Ein späteres Gerichtsverfahren in dieser Sache wurde eingestellt. Nach der Besetzung durch die Preußen hatten die Dörfer hohe Abgaben zu leisten. Für Reichenbach ist etwa überliefert, dass im August 1849 „innerhalb 14 Tagen 500 Malter Hafer [1 Malter

entspricht rund 200 l], 1500 Zentner Heu und 500 Bund Roggenstroh“ in das Magazin der Karlsruher Dragonerkaserne zu liefern seien. In der Bundesfestung Rastatt harrten die letzten Verteidiger der Demokratie noch mehrere Wochen der Belagerung aus, bis sie am 23. Juli kapitulieren mussten. An ihren Kampf für demokratische Grundrechte erinnert heute die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte im Rastatter Schloss.

Gleichwohl in der erfolgreichen Phase der Revolution mit den Fürsten der Ausgleich gesucht wurde, begann mit ihrer gewaltsamen Niederschlagung die Verfolgung der politischen Gegner in Baden. Nachweisbar sind 51 standrechtliche Erschießungen von Freischärlern oder Angehörigen des badischen Heeres durch preußische Truppen. Wegen ihrer Beteiligung an den Aufständen wurden 845 Personen zu teils hohen Haft- oder Geldstrafen verurteilt. Erst durch eine Amnestie im Jahre 1862 kamen die letzten Inhaftierten frei. In Reichenbach wurden Bürgermeister Heinrich Waible und vier weitere Gemeindevertreter ihres Amtes enthoben. Der Busenbacher Kilian Ochs, der Offizier im badischen Volksheer gewesen war und sich leidenschaftlich für die Demokratie stark gemacht hatte, musste fliehen um einer dreijährigen Zuchthausstrafe zu entgehen. Noch auf Jahre standen sich in den Waldbronner Gemeinden die Unterstützer und Gegner der Revolutionsergebnisse der Jahre 1848/49 schroff gegenüber. Erst im Jahre 1919 sollte die Demokratie in Baden wieder Einzug halten. Aber dies ist Stoff für einen kommenden Bericht.

Text: Frank Heinrich